

DRUCKSACHE

DAS JAHR IM BUNDES RAT

25 Jahre Mauerfall

Freiheit
Offene Grenzen

Neuer Menschen aus Ost und West brachen die Mauer der Freiheit in Berlin und schrieben die Geschichte der Freiheit. Mit einem Blick zurück auf den 9. November 1989 und einen Blick nach vorne auf die Zukunft der Freiheit.

Die Freiheit ist ein Geschenk, das nur durch die Freiheit der Freiheit verdient werden kann. Die Freiheit ist ein Geschenk, das nur durch die Freiheit der Freiheit verdient werden kann.

 Bundesrat

Grenzen überwinden

**OHNE DIE LÄNDER
LÄUFT NICHTS**

Seite 6

**DIE ERINNERUNG
WACHHALTEN**

Seite 12

**FÖDERALISMUS
LERNEN**

Seite 18

04 **Bild des Jahres**
Volker Bouffier besucht Südafrika.

06 **KAPITEL 1**
Ohne die Länder läuft nichts
Der Bundesrat hat im Geschäftsjahr 2014/2015 viele bedeutende Themen beraten.

08 **Drei Fragen an ...**
... Stanislaw Tillich, sächsischer Ministerpräsident und designierter Bundesratspräsident.

11 **Am Rande notiert**
Kurznachrichten aus dem Geschäftsjahr.

12 **KAPITEL 2**
Die Erinnerung wachhalten
Bei Gedenkfeiern und auf Reisen sprach Volker Bouffier über unsere heutige Demokratie.

18 **KAPITEL 3**
Föderalismus lernen
Jugendliche erfahren beim Rollenspiel alles über die Arbeit des Bundesrates.

21 **Die erste Direktorin des Bundesrates**
Interview mit Dr. Ute Rettler.

22 **Kompakt und auf einen Blick**
Der Bundesrat informiert über neues Online-Angebot.

24 **KAPITEL 4**
Lückenschluss
Neuer Anbau für den Bundesrat.

28 **Das Haus an der Leipziger Straße Nr. 4**
Die bewegte (Vor-) Geschichte des Bundesratsgebäudes.

30 **Bismarck im Bundesrat**
Ausstellung und Matinee.

Unser Titelmotiv zeigt die Ausstellung, die der Bundesrat 2014 anlässlich des 25. Jahrestags des Mauerfalls initiiert hat. Die Stelen wurden direkt vor dem Herrenhausgebäude aufgestellt.



AUF EIN

Im November 2014 trat Volker Bouffier sein Amt als Bundesratspräsident an. Für „Drucksache“ erinnert sich der hessische Ministerpräsident an das, was ihn 2014 und 2015 freute und bewegte – oder betroffen gemacht hat.

”

„Besonders gefreut ...

... hat mich, dass ich im 25. Jahr des Mauerfalls die Bundesratspräsidentenschaft antreten durfte. Ich habe sie bewusst unter das Motto „Grenzen überwinden“ gestellt, um daran zu erinnern, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa viele Jahre keine Selbstverständlichkeit waren. 2015 feiern wir den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung. Vom 2. bis zum 4. Oktober ist das Land Hessen Gastgeber für die Länder und die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Wir freuen uns, an diesem wichtigen Feiertag gemeinsam mit Menschen aus ganz Europa ein buntes Bürgerfest zu feiern.

WORT



„Besonders betroffen gemacht ...

... hat mich die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer. Wir müssen tun, was in unserer Macht steht, um solche Tragödien in Zukunft zu verhindern. Dabei kann kein Land alleine Lösungen finden – vielmehr müssen wir in Europa als Gemeinschaft handeln, auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. In Deutschland müssen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen auch finanzielle Verantwortung tragen. Zudem gilt es, die europäische Flüchtlingspolitik zukünftig stärker unter Einbeziehung der außen-, innen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Aspekte zu gestalten.

„Besonders bewegt ...

... hat mich die Gedenkstunde zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges im Bundestag. Der 8. Mai 1945 war der Endpunkt einer Diktatur, der Millionen Menschen zum Opfer fielen und die mit systematischem Völkermord einen absoluten Tiefpunkt in der Geschichte unseres Landes erreichte. Deshalb dürfen wir auch heute keinen Schlussstrich ziehen oder das Geschehen relativieren. Wie sehr das über Grenzen hinweg gilt, wurde mir zuletzt deutlich, als ich in Hiroshima einen Kranz niederlegte, um an die Opfer des Atombombenabwurfs vor 70 Jahren zu erinnern.

Das Video zur Rede von Bundesratspräsident Volker Bouffier zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges finden Sie auch online:







Gut gelaunt aufs Gruppenfoto: Während seiner Reise durch Südafrika hat Bundesratspräsident Volker Bouffier auch das Marang-Haus in Pretoria besucht. Hier leben schwerkranke Kinder, die eine medizinische Versorgung, aber auch ein stabiles soziales Umfeld erhalten. „Das Marang-Haus ist eine Herzensangelegenheit“, sagte Volker Bouffier. Mehr über seine Reisen lesen Sie auf den Seiten 16 und 17.

MARANG HOUSE
MAKING FOR OUR CHILDREN

Ohne die Länder läuft nichts

Ob Mieten, Fracking oder die Ehe für alle: Der Bundesrat hat in den vergangenen Monaten viele wichtige Themen beraten. Dabei setzten die Länder eigene Akzente und gestalteten den Gesetzgebungsprozess aktiv mit.

Deutschland ist Mieterland: Laut Statistischem Bundesamt beträgt die Eigentümerquote bei Wohnimmobilien nur etwa 45 Prozent, der europäische Durchschnitt liegt bei knapp 70 Prozent. Die Entwicklung der Mieten und Modalitäten zum Abschluss von Mietverträgen haben daher einen gro-

Bundesregierung und Bundestag zugeleitet wurden. Als der Bundestag Anfang März 2015 das Mietrechtsnovellierungsgesetz – die so genannte Mietpreisbremse – beschloss, billigten es die Länder nur kurze Zeit später. Dadurch konnte es am 1. Juni 2015 in Kraft treten. Die Landesregierungen können nun Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten ausweisen. Hier darf die Miete bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete – dem sogenannten Mietspiegel – liegen. Ausgenommen sind Neubauten sowie umfassend sanierte Wohnungen. Vorreiter ist Berlin: Seit dem 1. Juni gilt die gesamte Hauptstadt als angespannter Wohnungsmarkt. Auch andere Länder haben schnell gehandelt. So gilt die Mietpreisbremse mittlerweile in ganz Hamburg sowie in 21 Städten in Nordrhein-Westfalen. Zweites Herzstück des neuen Gesetzes ist das sogenannte Bestellerprinzip: Bislang mussten Mieter beim Abschluss eines Mietvertrages neben der Kautions auch die Kosten für den Makler tragen – selbst, wenn dieser vom Vermieter beauftragt wurde. Nun gilt – dem Wunsch des Bundesrates entsprechend: Wer den Makler bestellt, der bezahlt ihn auch. »

ALLE Bundesgesetze

**müssen dem Bundesrat zur
Beratung vorgelegt werden.**

ßen Einfluss auf das Leben vieler Menschen. Der Bundesrat setzte sich deshalb bereits im Sommer 2013 dafür ein, Mieter finanziell zu entlasten. Am 7. Juni 2013 verabschiedete er zwei Gesetzentwürfe zur Bekämpfung von Wuchermieten und zur Einführung des Bestellerprinzips bei der Maklergebühr, die



Schlüssel zur neuen Wohnung: Der Weg dorthin soll künftig einfacher oder zumindest günstiger werden. Seit dem 1. Juni 2015 gilt das Mietrechtsnovellierungsgesetz – besser bekannt als Mietpreisbremse.

Drei Fragen an ...

... Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und ab November 2015 neuer Bundesratspräsident



1 Was erwarten Sie von der Bundesratspräsidentschaft?

Meine Perspektive ist eine andere. Ich frage mich, was da wohl von mir erwartet wird. Ich freue mich auf die Aufgabe und hoffe, das Amt, das die Vielfalt der Länder in sich vereint, gut auszufüllen. Es geht aber auch um die zunehmende Vielfalt in unserer Gesellschaft. Dabei denke ich vor allem an die Vielfalt, die durch Zuwanderung und seit einiger Zeit besonders durch viele Asylbewerber zunimmt. Hier müssen wir uns auf allen Ebenen der Politik und in der gesamten Gesellschaft um die richtigen Lösungen bemühen. Und wir müssen dabei auf die Diskussionskultur aufpassen; es geht um ein Miteinander und nicht um ein Gegeneinander.

2 70 Jahre Kriegsende, 25 Jahre deutsche Wiedervereinigung: Sie treten Ihr Amt in einem Jahr der Jubiläen an. Welche Bedeutung haben diese Ereignisse für Sie?

Sie stehen für mich vor allem für 70 Jahre Frieden. Und seit 1990 auch für ein Europa in Freiheit. Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Das erleben wir heute in zu vielen Regionen der Erde. Gerade wir und die jungen Generationen, die Kriege nicht mehr erlebten, die sich der Unfreiheit kaum noch erinnern, müssen wachsam sein. Ein einiges Europa hilft uns dabei.

3 Sie sind der achte Bundesratspräsident aus einem ostdeutschen Land. Spielt das Ost-West-Thema heute eigentlich noch eine Rolle?

Bei uns Menschen ist es wohl eine Altersfrage: Diejenigen, die die wichtigsten Jahre ihres Lebens in der DDR erlebten, werden immer noch prägend vor allem Ostdeutsche sein. Bis auf die Tatsache, dass die Sonne auf- und untergeht, hat sich gerade für diese Menschen das Leben komplett geändert. Heutige Teenager dagegen sind Sachsen, Westfalen oder Saarländer. Und das wird in einigen Jahren für alle gelten. Politisch spielt es immer dann eine Rolle, wenn wir unsere nach wie vor vorhandene besondere Situation berücksichtigen.

FRACKING IN DER DISKUSSION

Während die Mietpreisbremse in der Bevölkerung auf breiten Konsens stößt, wird das Thema Fracking äußerst kritisch diskutiert. Dies gilt auch für den Bundesrat, der bereits im Sommer vergangenen Jahres intensiv über mehrere Initiativen aus den Ländern – zum Beispiel über die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung – debattierte.

Auf der Suche nach neuen Rohstoffquellen hat sich die Technologie in den vergangenen Jahren rasant weiterentwickelt. Mittlerweile ist es möglich, fossile Brennstoffe auch aus sogenannten unkonventionellen Lagerstätten wie Schiefer-, Ton- oder Kohleflözgestein zu fördern (siehe Grafik rechts).

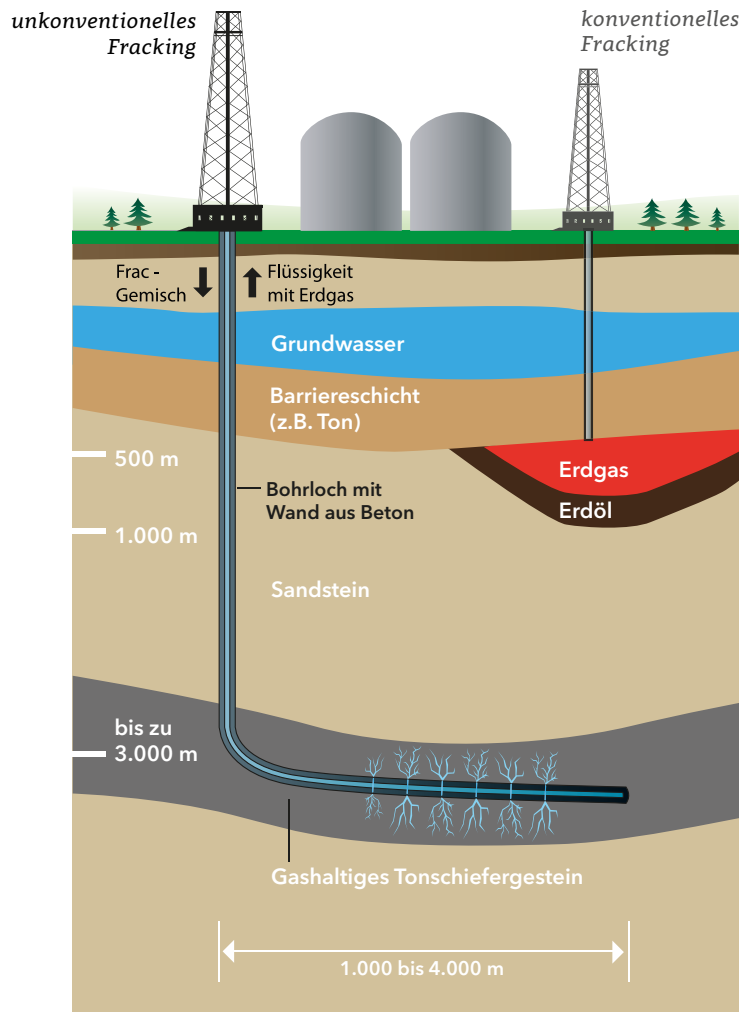
Über die Folgen dieser Technologie für die Umwelt gibt es noch keine gesicherten Erkenntnisse. Kritiker befürchten aber, dass die Chemikalien ins Trinkwasser gelangen und die Umwelt schädigen könnten. Die Bundesregierung hat in zwei Gesetzentwürfen und einer Verordnung daher strenge Regelungen zum Thema Fracking vorgesehen. Unter anderem sollen demnach in Schiefer- und Kohleflözgestein zunächst lediglich Bohrungen zu Erprobungs- und Forschungszwecken erlaubt sein. Eine unabhängige Kommission soll diese Maßnahmen wissenschaftlich begleiten und ab 2018 jährliche Berichte vorlegen. Stuft sie den Einsatz in der jeweiligen geologischen Formation als unbedenklich ein, kann die zuständige Behörde im Einzelfall kommerzielles Fracking erlauben.

Die Länder setzen sich indes für eine weitere Verschärfung ein. Sie fordern, ein wasserrechtliches Verbot des Frackings in bestimmten Gebieten unabhängig von der Tiefe des Einsatzes festzuschreiben. Zudem sollen entsprechende Vorhaben nicht nur im Wasser-, sondern auch im Bergrecht verboten werden. Vorranggebiete für die Trinkwassergewinnung sowie Einzugsgebiete von Mineral-

wasservorkommen sollen bundesrechtlich ausgeschlossen werden. Dies betonten die Länder in ihrer Stellungnahme vom 8. Mai 2015 zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung. Bundestag und Bundesrat können über die vorliegenden Entwürfe frühestens im Herbst 2015 abschließend entscheiden.

FAMILIEN UND STEUERZAHLER ENTLASTET

Die Bundesregierung legt alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des steuerlich freizustellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vor. Um die Vorgaben des Berichts umzusetzen, beschloss sie zudem einen Gesetzentwurf zur finanziellen Entlastung von Familien. Dieser sah vor, das Kindergeld rückwirkend zum 1. Januar 2015 um vier sowie 2016 um zwei Euro pro Monat zu erhöhen. Der Kinderzuschlag für Geringverdiener sollte zudem zum 1. Juli 2016 um 20 Euro auf 160 Euro steigen. »



Feiern zum Tag der Deutschen Einheit

Über eine halbe Million Besucher haben im vergangenen Jahr in Hannover den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober gefeiert. Beim Bürgerfest präsentierten sich alle 16 Länder mit ihren kulturellen und kulinarischen Besonderheiten.

Das nächste Bürgerfest zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2015 findet in Frankfurt am Main statt. Wie jedes Jahr kommen dabei im Präsentationszelt des Bundesrates auch Ratefuchse voll auf ihre Kosten: Sie haben die Gelegenheit, am beliebten Bundesratespiel teilzunehmen und eine Reise nach Berlin zu gewinnen – so wie dieses Paar (Foto), das beim Bürgerfest

2014 am Ende die Nase vorne hatte. Und so funktioniert es: Zwei Kandidaten treten gegeneinander an. Auf einer Deutschlandkarte wählen sie eines der 16 Länder und beantworten eine Frage rund um Politik, Geografie und Geschichte. Wer die Frage richtig beantwortet, erhält so viele Punkte, wie das Land Stimmen im Bundesrat hat. Unter den besten Teilnehmern lost der Bundesratspräsident den Gewinner aus, der nach Berlin fahren darf. Das Fest zum Tag der Deutschen Einheit findet jedes Jahr im Land desjenigen Ministerpräsidenten statt, der die Bundesratspräsidentschaft innehat.





Der Bundesrat forderte eine Erhöhung des Freibetrags für Alleinerziehende und stimmte einem entsprechenden Gesetz zu.

Des Weiteren sollte der Kinderfreibetrag rückwirkend zum 1. Januar 2015 um 144 Euro auf 4.512 Euro erhöht werden – und ein Jahr später noch einmal auf 4.608 Euro.

Diese Pläne waren am 8. Mai 2015 zum ersten Mal Thema im Bundesrat. In ihrer Stellungnahme forderten die Länder, eine stärkere Entlastung von Alleinerziehenden vorzusehen. Der Bundesrat sprach sich dafür aus, den Freibetrag um 600 auf 1.908 Euro anzuheben. Nachdem der Bundestag diese Länderforderung übernommen und zudem auch eine Entlastung der Steuerzahler durch die Eindämmung der sogenannten kalten Progression beschlossen hatte, stimmte der Bundesrat dem Gesetz am 10. Juli 2015 mit absoluter Mehrheit zu – und trug so zur Entlastung von Steuerzahlern und Familien bei. Diesen steht nun im laufenden und im kommenden Jahr mehr Geld zur Verfügung. Der Bundesrat machte jedoch zugleich deutlich, dass der Abbau der kalten Progression eine

solide Finanzierung durch eine entsprechende Kompensation für Länder und Kommunen durch den Bund voraussetzt.

„EHE FÜR ALLE“

Insgesamt haben fast drei Viertel aller Gesetzentwürfe ihren Ursprung in der Bundesregierung. Doch auch die Länder ergreifen die Initiative: In seiner Sitzung am 12. Juni fasste der Bundesrat eine EntschlieÙung, in der er die Regierung aufforderte, „eine vollständige Gleichbehandlung von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren im gesamten Bundesgebiet herzustellen“. Dass gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe verweigert wird, stelle eine rechtliche und symbolische Diskriminierung dar. Um diese zu beenden, ist es aus Sicht des Bundesrates nötig, das Eherecht zu modernisieren und ein volles gemeinschaftliches Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare zu schaffen. ■

EUROPA IM BUNDES RAT

Standpunkte austauschen, Kompromisse schließen, Beschlüsse fassen – so funktioniert der Bundesrat, aber auch das Europaparlament. Diese Erfahrung haben 180 Jugendliche aus allen 16 Bundesländern sowie aus Ungarn, Luxemburg und Belgien Ende Februar 2015 gemacht. Sie kamen zum „Modell Europa Parlament“ (MEP) im Bundesrat zusammen und diskutierten über Asylpolitik, Rassismus oder TTIP. Die Simulation MEP soll junge Europäer für die EU begeistern und findet in Deutschland seit 2001 unter der Schirmherrschaft des Bundesratspräsidenten statt.



KEIN BLATT VORM MUND

Die Teilnehmer am diesjährigen Schülerzeitungswettbewerb wagten sich auch an schwierige Themen wie Magersucht, Mobbing oder die Flüchtlingspolitik heran. Unter dem Motto „Kein Blatt vorm Mund“ haben sich 1.900 Schülerzeitungen in sechs Schulkategorien beteiligt. 18 Redaktionen wurden schließlich am 19. Juni im Plenarsaal der Länderkammer durch Bundesratspräsident Bouffier ausgezeichnet. Außerdem bekamen zehn Schülerzeitungen Sonderpreise für themenspezifische Artikel oder bestimmte Stilformen. Sechs Förderpreise gingen an Schulen, bei denen die Jury ein besonders hohes Entwicklungspotenzial erkannt hatte.

HESSEN IN DER BRIEFTASCHE

In der Frankfurter Paulskirche wurde 1848 die erste demokratische Verfassung Deutschlands beschlossen. Da macht es Sinn, das imposante Gebäude auf die hessische Zwei-Euro-Münze zu bringen, die seit dem 30. Januar im Umlauf ist – übrigens als normales Zahlungsmittel. Jedes Jahr kann das Land, das den Bundesratspräsidenten stellt, die Rückseite einer Zwei-Euro-Münze gestalten. Ziel der Münzserie ist es, den Menschen in Europa den föderalen Aufbau Deutschlands näher zu bringen.



MODERNE KUNST IM BUNDES RAT

Die Documenta in Kassel gehört seit 60 Jahren zu den weltweit wichtigsten Ausstellungen für zeitgenössische Kunst. Seit Dezember 2014 kann man zumindest einige der Kunstwerke auch im Bundesrat bestaunen. Der Lichthof West des Bundesratsgebäudes ist noch bis zum 31. Oktober 2015 der offizielle „Documenta-Raum“, in dem Skulpturen, Arrangements und andere Kunstwerke aus hessischen Museen und Galerien ausgestellt werden.



27. JANUAR 2015:
Bundesratspräsident nimmt an Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Bundestag teil

29. JANUAR 2015:
Präsentation der hessischen Zwei-Euro-Münze



Mit einer Ausstellung vor dem Herrenhausgebäude erinnerte der Bundesrat an das 25-jährige Jubiläum des Mauerfalls.

Die Erinnerung wachhalten

Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges, an die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland. Und vor allem der Appell, die Lehren aus der Vergangenheit nicht zu vergessen: 70 Jahre Kriegsende, 25 Jahre Mauerfall und der Einsatz für den Föderalismus haben das vergangene Geschäftsjahr im Bundesrat geprägt.

Für einige wenige Tage wurden Ost- und Westberlin im Spätherbst 2014 doch noch einmal voneinander getrennt – zumindest symbolisch. Eine 15 Kilometer lange Lichtgrenze, bestehend aus 8.000 weißen leuchtenden Ballons, zog sich quer durch die Hauptstadt, dort entlang, wo einst die Grenze zwischen beiden Stadthälften verlief. Vom 7. bis zum 9. November wurde in Berlin auf diese Weise an die Jahrzehnte deutscher Teilung erinnert, die mit dem Mauerfall am 9. November 1989 ihr Ende genommen hatte. Mehr als eine Million Menschen feierten in Berlin diesen Jahrestag; allein mehrere Zehntausend beim Bürgerfest am Brandenburger Tor.

„Vor einem Vierteljahrhundert begann für zwei Staaten der Weg zur friedlichen Wiedervereinigung. Heute sind wir ein Land,

das 25 Jahre lang politisch, ökonomisch und menschlich gewachsen ist“, hatte Bundesratspräsident Volker Bouffier bereits im Vorfeld der Feierlichkeiten gesagt. „Die in-

nerdeutsche Grenze ist kaum noch sichtbar und die Unterschiede zwischen Ost und West werden immer geringer.“ Doch Hessens Ministerpräsident, der wenige Tage zuvor das Amt des Bundesratspräsidenten angetreten hatte, fand auch mahnende Worte: „Selbstbestimmung der Völker, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeiten.“

GRENZEN ÜBERWINDEN

Auch der Bundesrat steuerte seinen Anteil zum Gedenken an die deutsche Teilung bei. Vom 20. Oktober 2014 bis zum 9. Januar 2015 erinnerte er mit einer Ausstellung vor dem Herrenhausgebäude an das 25-jährige Jubiläum des Mauerfalls. Große Tafeln zeigten Motive, die an die besonderen Momente dieser Zeit sowie an einige der mittelbaren Folgewirkungen erinnerten: die erste Bundesratssitzung mit den frisch gegründeten Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Beispiel. Dieses Gedenken an die deutsche Teilung und Wiedervereinigung stand auch im Fokus der Bundesratspräsidentschaft Bouffiers. Motto: „Grenzen überwinden.“ >>

„Die Grenze ist kaum noch sichtbar und die Unterschiede zwischen Ost und West werden immer geringer.“

Volker Bouffier,
Bundesratspräsident

„Wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen, dass Demokratie die beste, aber auch die mühsamste Staatsform ist.“

Dr. Bernhard Vogel,
Ministerpräsident a.D.

Damit hat der Bundesratspräsident den Namen eines Projekts des Landes Hessen übernommen, das sich mit der deutschen Teilung sowie der Zeit nach der Wende beschäftigt. Wichtiger Teil von „Grenzen überwinden“ ist das Zeitzeugenprogramm, bei dem Initiatoren und Beteiligte des Einigungsprozesses hessische Schulen besuchen.

Unter ihnen tauchen prominente Namen auf – wie Bernhard Vogel, der von 1976 bis 1988 in Rheinland-Pfalz und von 1992 bis 2003 in Thüringen als Ministerpräsident amtierte. Auch für ihn ist ein demokratisches System keine Selbstverständlichkeit. „Wir, die wir in der Nazizeit geboren wurden, wollten eine leistungsfähige Demokratie und sind sehr dankbar, dass das alles in allem gelungen ist“, sagte er in einem Interview in diesem Jahr. „Die heutige junge Generation hält die Demokratie allerdings in einem Ausmaß für selbstver-

ständiglich, wie sie es nicht ist. Deswegen müssen wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass Demokratie die beste, aber auch die mühsamste Staatsform ist.“

70 JAHRE KRIEGSENDE

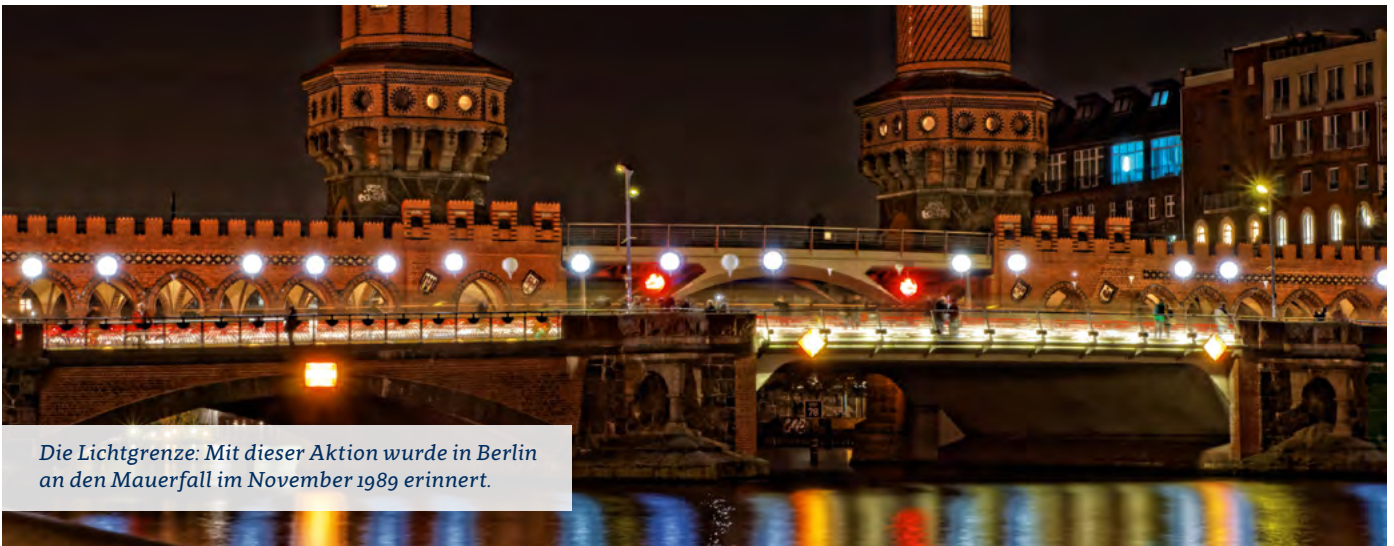
Die Worte Bernhard Vogels zeigen: Hinter unserer Gesellschaft und Politik von heute stecken Jahre und Jahrzehnte des demokratischen Aufbaus. Als am 8. Mai 1945 mit der Kapitulation der Wehrmacht der Zweite Weltkrieg endete, lagen Deutschland und weite Teile Europas in Trümmern. Millionen Menschen waren dem Vernichtungsfeldzug der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen. Doch die Erkenntnis, dass das deutsche Volk eine Mitverantwortung an den Gräueltaten des Naziregimes trage, habe sich in den Jahrzehnten danach erst allmählich durchgesetzt, findet der Historiker Heinrich August Winkler. Er sprach am 8. Mai 2015 als Hauptredner bei der Gedenkveranstaltung von Bundestag und Bundesrat zum 70. Jahrestag des Kriegsendes. Er fügte



Interview mit
Bernhard Vogel
zum Thema 25 Jahre
Wiedervereinigung

70 Jahre Kriegsende: Bei der gemeinsamen Gedenkveranstaltung von Bundestag und Bundesrat fanden die Redner bewegende Worte.





Die Lichtgrenze: Mit dieser Aktion wurde in Berlin an den Mauerfall im November 1989 erinnert.

an: „Aber wären sie [die Menschen, Anm.] nicht bereit gewesen, sich der einzigartigen Monstrosität des Holocausts (...) zu stellen – wie hätte die Bundesrepublik Deutschland je wieder zu einem geachteten Mitglied der Völkergemeinschaft werden können?“ Der Historiker mahnte, dass die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wachgehalten werden müsse. Zur Verantwortung für das eigene Land gehöre immer auch der Wille, sich dessen Geschichte im Ganzen zu stellen.

Dem stimmte Volker Bouffier in seiner Ansprache im Bundestag zu. Die „Einzigartigkeit dieses Geschehens“ erlaube es auch heute nicht, einen Schlusstrich zu ziehen oder gar zu relativieren. Das vereinte Europa und die EU bezeichnete er als „richtige Antwort auf das Inferno zweier Weltkriege“. „Grenzen zu

überwinden, ohne Kriege gegensätzliche Interessen auszugleichen und gemeinsame Interessen wahrzunehmen, darin liegt die fundamentale Bedeutung des vereinten Europas“, so Bouffier.

Auch Bundesratsvizepräsident Stanislaw Tillich unterstrich dies, als er im Januar am Internationalen Holocaust-Gedenktag in Prag sowie der anschließenden Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Terezin (Theresienstadt) teilnahm. „In den Gesprächen mit den Parlamentspräsidenten und -vizepräsidenten vieler Staaten stellte ich fest, dass uns, die Politiker der Nachkriegsgenerationen, der Wille verbindet, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten“, sagte der sächsische Ministerpräsident bei den Gedenkfeiern zum 70. Jahres- »



Royaler Besuch in Deutschland

Queen Elizabeth II. und ihr Ehemann Prinz Philipp haben im Rahmen ihres Staatsbesuches im Juni 2015 unter anderem Station in Frankfurt am Main und in Berlin gemacht. Volker Bouffier dankte der Queen und Großbritannien für ihren wichtigen Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung. „Der lange Weg von Kriegsgegnern, Sieger- und Besatzungsmächten zu Partnern und Freundschaft, zu deutscher und europäischer Einigung wäre ohne die Unterstützung auch Ihres Landes nicht möglich gewesen“, sagte Bouffier.





Am Rande einer Konferenz in Den Haag traf sich Volker Bouffier (r.) mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte.

tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. „Es ist aber auch Verpflichtung, sich dafür einzusetzen, dass Antisemitismus, Rassenhass, religiöser Fanatismus und Terrorismus keinen Platz mehr haben dürfen.“

INTERNATIONALES WERBEN FÜR FÖDERALISMUS UND EU

” Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Antisemitismus, Rassenhass, religiöser Fanatismus und Terrorismus keinen Platz mehr haben dürfen.“

Stanislaw Tillich,

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen und derzeit Bundesratsvizepräsident (Stand August 2015)

Neben diesen Gedenkfeiern standen für Bundesratspräsident Volker Bouffier zudem Auslandsreisen und Teilnahmen an internationalen Konferenzen auf dem Programm, bei denen er intensiv für den föderalen Staatsaufbau und

die Idee der Europäischen Union warb. Denn das internationale Interesse am deutschen System ist groß. Im Februar traf sich der Bundesratspräsident mit seiner österreichischen Amtskollegin Sonja Zwagl in Wien und setzte sich bei einem Vortrag im österreichischen Bundesrat für den „Wettbewerb des Föderalismus“ ein. „Regionen und Länder können etwas, das eine Bundesregierung nicht leisten kann. Sie sind die Klammer zwischen der Identität der Menschen und der Globalisierung“, sagte er. Zudem ermögliche der Föderalismus, regionale Unterschiede auch in die nationale und europäische Gesetzgebung einzubringen. Zwei Monate später erläuterte Volker Bouffier dann bei bilateralen Gesprächen mit Italiens Senatspräsidenten Pietro Grasso, die am Rande der Parlamentspräsidentenkonferenz der EU-Staaten stattfanden, ebenfalls

die Rolle des Bundesrates und der Länder: Italien diskutiert derzeit eine Verfassungsreform, die eine komplette Neuordnung des dortigen Zwei-Kammer-Systems vorsieht. Während der Konferenz der europäischen Senatspräsidenten in Den Haag ging Volker Bouffier zudem auf einen Grundsatz der Ministerpräsidenten und Landesminister ein. „In Deutschland gilt für die politisch Verantwortlichen in den Ländern der Grundsatz: Erst kommen die Interessen des Landes und dann die der Partei“, sagte er bei der Veranstaltung im Mai.



Volker Bouffier während seiner Asienreise im Gespräch mit Japans Premierminister Shinzo Abe

BESUCHE IN AFRIKA UND JAPAN

Weitere Reisen führten Bouffier im März nach Südafrika und Mosambik sowie im Juli nach Japan. Bei seinem Afrikabesuch spielte auch das Motto seiner Bundesratspräsidentschaft, „Grenzen überwinden“, eine Rolle. „Südafrika ist ein Land, das vor 21 Jahren seine Grenzen überwunden hat – die Trennung zwischen Schwarz und Weiß“, hatte der Bundesratspräsident bereits im Vorfeld seiner Reise hervorgehoben. In Japan hielt Bouffier unter anderem

einen Vortrag vor Studenten in Kobe, in dem er die Grundidee der Europäischen Union erläuterte. Diese sei viel mehr als ein technokratisches Konstrukt politischer Vernunft, betonte der Präsident.

„28 Staaten mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Ethnien leihen sich Vertrauen, zeigen Verständnis und Empathie“, sagte Bouffier. Der Wunsch mancher Menschen, sich in die „überschaubaren Grenzen der eigenen Nation“ zurückzuziehen, sei zwar „verständlich, aber grundfalsch“.

„Jedes Mal, wenn sich Länder von der Gemeinschaft isoliert haben, endete es im Krieg und im Chaos“, so der Bundesratspräsident. „Europa stiftet Frieden. Deshalb müssen wir diesen Ort bewahren und verteidigen, in unseren Köpfen und Herzen.“ In Hiroshima legte Volker Bouffier zudem einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Atombombenabwurfs am 6. August 1945 nieder. ■



Bei einem Vortrag im österreichischen Bundesrat warb Volker Bouffier für den „Wettbewerb des Föderalismus“.

Föderalismus lernen

Einmal pro Jahr sinkt der Altersdurchschnitt im Plenarsaal des Bundesrates deutlich: Rund 120 Jugendliche nehmen dort Platz, wo sonst Ministerpräsidenten und Mitglieder der Landesregierungen agieren. Im Rahmen des Rollenspiels „Jugend im Bundesrat“ stellen sie zwei Tage lang das Gesetzgebungsverfahren nach.

Die Jugendlichen kommen jeweils aus dem Land nach Berlin, das gerade den Vorsitz im Bundesrat innehat. Dieses Mal waren am 18. und 19. November 2014 fünf hessische Schulen aus Gießen, Nidda, Fritzlar, Fulda und Bad Nauheim zu Gast. Die hessische Staatsministerin und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, Lucia Puttrich, stimmte ihre Besucher auf zwei Tage voller politischer Diskussionen und Verhandlungen ein. Gegenüber „Drucksache“ erklärte sie: „Ziel des Planspiels ist es, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Länder herauszuarbeiten und auf dem Weg des Kompromisses zu tragfähigen politischen Lösungen zu kommen.“

Hautnah erlebten die Jugendlichen, wie spannend und vielschichtig Politik sein kann – und dass sie auch Spaß macht. Konkret ging es zum Beispiel um die Themen Frauenquote, Fracking-Verbot und Mietpreisbremse. Wie im politischen Alltag trafen sich Minister und Ministerpräsidenten, Senatoren und Bürgermeister in zahllosen Kabinetts- und Parteisitzungen und „informell“ auf den Fluren. Am Ende hatten die Teilnehmer beschlussfähige Vorlagen für die finale Bundesratssitzung erarbeitet. Dort stimmten sie darüber ab, ob Gesetzesinitiativen der Länder in den Bundestag eingebracht werden, und nahmen wiederum Stellung zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung.

WETTBEWERB UM DIE BESTE LÖSUNG

„Der Bundesrat ist für Jugendliche interessant, weil er keine Arena der parteipolitischen Auseinandersetzung ist“, findet Lucia Puttrich. Er sei vielmehr der Ort, an dem unterschiedliche Interessen von Ländern aufeinanderstoßen. „Um Mehrheiten muss gerungen werden. Der Wettbewerb um das beste Konzept zur Lösung eines Problems führt in der Regel dazu, dass nur die besten Ideen eine Mehrheit erhalten. Wer mit dem Kopf durch



Konzentriert: Die Jugendlichen beschäftigten sich unter anderem mit Fracking und Frauenquote.



Rund 120 Jugendliche aus Hessen erarbeiteten im Rollenspiel politische Kompromisse.

die Wand will, wird scheitern. Wer mit seinen Konzepten erst an die Presse geht und dann bei seinen Länderkollegen um Unterstützung bittet, wird keine Mehrheit erreichen“, so die Staatsministerin. Dass dies nicht immer einfach ist, zeigt die Aussage einer Teilnehmerin nach diversen Ausschusssitzungen: „Man merkt, wie kompliziert die ganze Gesetzgebung ist.“ Die junge Frau sprach in ein Mikrofon, denn der scheinbar beiläufige, möglichst professionelle Umgang mit Medien und der Öffentlichkeit gehörte ebenfalls zum Rollenspiel. Ein achtköpfiges Pressteam aus dem Kreis der Jugendlichen begleitete und hinterfragte die Arbeit des fiktiven Bundesrates. Es nahm an Pressekonferenzen teil und produzierte Nachrichtensendungen und Wandzeitungen.

Zum nächsten Planspiel „Jugend im Bundesrat“ werden am 17. und 18. November 2015 Ju-

gendliche aus Sachsen erwartet. Doch auch wer nicht daran teilnehmen kann, hat die Chance, die Arbeit des Bundesrates aus nächster Nähe kennenzulernen: Schüler- und Jugendgruppen ab der 9. Klasse können regulär an 90-minütigen Informationsbesuchen inklusive Rollenspielen teilnehmen, mit mindestens zehn und höchstens 50 Teilnehmern. Dazu muss rechtzeitig ein Termin mit dem Besucherdienst des Bundesrates vereinbart werden. Informationen dazu gibt es im Internet auf der Website des Bundesrates.

Die Schüler- und Jugendgruppen erhalten dann auch einen kompakten Exkurs in Sachen Föderalismus – ein System, dessen »

» **Der Bundesrat ist für Jugendliche interessant, weil er keine Arena der parteipolitischen Auseinandersetzung ist.**“



Lucia Puttrich, hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Bevollmächtigte ihres Landes beim Bund



Wie im echten politischen Alltag standen für die Jugendlichen zahlreiche Kabinetts- und Parteisitzungen auf dem Programm.

Stärken die Bevollmächtigte des Landes Hessen betont: „Entgegen vieler kritischer Stimmen bin ich der Überzeugung, dass der Föderalismus unser Land nicht schwächt, sondern stärkt“, sagte Lucia Puttrich gegenüber „Drucksache“. Der Föderalismus habe in Deutschland eine jahrhundertelange Tradition, die von Diktaturen unterbrochen wurde. Im Grundgesetz sei aber festgeschrieben, „dass es in Deutschland immer Länder geben muss“. Puttrich ergänzt: „Sie müssen an der Gesetzgebung beteiligt sein, was durch den Bundesrat gewährleistet wird. Zudem gilt das Prinzip der Subsidiarität, was bedeutet, dass alles zuerst einmal in einem so kleinen Rahmen wie möglich geregelt wird, und die höher stehende staatliche Ebene erst eingreift, wenn die kleineren Einheiten dazu nicht in der Lage sind.“ Für sie trägt der Föderalismus deswegen entscheidend zur Lösung politischer Probleme bei. „Arbeitslosigkeit oder einen Mangel an Kinderbetreuungsstätten gibt es überall, und jedes Land hat eigene Ideen entwickelt, damit umzugehen.“

www.bundesrat.de/besuch ■



Die bisherigen Direktoren des Bundesrates

Der jeweilige Direktor des Bundesrates leitet mit Unterstützung des Stellvertretenden Direktors das Sekretariat des Hauses im Auftrag des Präsidenten. Dr. Ute Rettler – die erste Frau in diesem Amt – hatte sechs Vorgänger.



Hermann Katzenberger
1950 – 1951



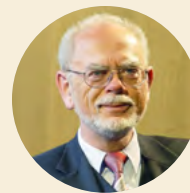
Albert Pfitzer
1951 – 1978



Gebhard Ziller
1978 – 1987



Georg-Berndt Oschatz
1987 – 2002



Dirk Brouër
2002 – 2010



Gerd Schmitt
2010 – 2015

Erste Frau an der Spitze des Bundesratssekretariats

Interview mit der neuen Direktorin Dr. Ute Rettler

Mit Dr. Ute Rettler steht seit 1. April 2015 erstmals eine Frau an der Spitze des Bundesratssekretariats. Die Volljuristin folgt auf Staatssekretär Gerd Schmitt, dem sie bereits viereinhalb Jahre als Stellvertretende Direktorin zur Seite stand. Bundesratspräsident Volker Bouffier verabschiedete den 65-Jährigen Ende März in den Ruhestand. Neuer Stellvertretender Direktor ist Dr. Georg Kleemann. Ebenso wie Dr. Rettler wurde er am 27. März 2015 auf Vorschlag des Präsidenten einstimmig von den Ländern gewählt.

Frau Dr. Rettler, Sie sind die erste Bundesratsdirektorin. Was bedeutet das für Sie?

Dr. Ute Rettler: Das Amt des Bundesratsdirektors ist für jeden eine Herausforderung, egal ob Mann oder Frau. Erfahrungen sind wichtig: Man muss Fachwissen mitbringen, über Führungserfahrung verfügen und auch politisches Gespür haben. Ich bin stolz, die erste Frau an der Spitze der Bundesratsverwaltung zu sein.

Glauben Sie, dass es für Frauen Unterschiede zwischen freier Wirtschaft und öffentlichem Dienst gibt?

Ich denke schon. Sowohl in der Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst sind zwar etwa ein Drittel der Führungskräfte Frauen. Aber die Führungsebene in meinem Umfeld, also zum Beispiel die Behördenleiter, sind überwiegend Männer. Hier sehe ich noch einen Nachholbedarf, da schon bei meinem Berufseinstieg über 50 Prozent Frauen eingestellt wurden. Der Bundesrat ist auch hier Vorreiter.

Sie führen das Sekretariat des Bundesrates im Auftrag des Präsidenten. Sie halten also quasi die Fäden zusammen. Was heißt das konkret?

Die Direktorin steht für die Kontinuität der Arbeit des Sekretariats. Sie organisiert den Parlamentsbetrieb, entlastet den Präsidenten von Routineaufgaben und bereitet grundsätzliche Entscheidungen für den Präsidenten vor.

Da sind wir beim nächsten Thema: Zu Ihren Aufgaben gehört die ständige Kontaktpflege zu den 16 Landesregierungen, zu Bundestag und Bundesregierung sowie zu ausländischen Parlamenten. Wie häufig sind Sie da selbst außer Haus unterwegs?

In meiner Funktion stehe ich in intensivem Kontakt zu den 16 Landesregierungen, insbesondere zu deren Bevollmächtigten für Bundesangelegenheiten. Die meisten Gespräche finden aber in Berlin statt. Im internationalen Bereich wird auf eine Ausgewogenheit von Besuch und Gastgeberrolle geachtet. Es sind schon einige Reisen im Jahr.

Welche Phasen sind arbeitsintensiver: die Zeiten zwischen den Plenarsitzungen oder die Sitzungszeiten selbst?

Die anstrengendste Zeit ist die Woche der Plenarsitzung. In dieser Zeit finden viele vorbereitende Gespräche und Sitzungen statt.

Was gefällt Ihnen am meisten an Ihrem Job?

Es ist die Mischung: die Parlamentsarbeit zu organisieren, die Koordinierung unterschiedlicher Interessen, das „Nahdran-sein“ an der Politik. Es sind die vielen Menschen, die man kennenlernt. Aber auch die Kontakte im europäischen und internationalen Bereich schätze ich sehr.



Personeller Wechsel: Dr. Ute Rettler (l.), Bundesratspräsident Volker Bouffier (z.v.l.) sowie Dr. Georg Kleemann (r.) bei der Verabschiedung von Direktor Gerd Schmitt (z.v.r.) Ende März



Meeting von Pressestelle und Online-Redaktion: Die Mitarbeiter kümmern sich unter anderem um das neue Format PlenumKOMPAKT.

Kompakt und auf einen Blick

Seit der Veröffentlichung seiner neuen Internetseite geht der Bundesrat neue Wege in der Berichterstattung. Mit dem Format PlenumKOMPAKT fasst er alle relevanten Informationen zu seinen Plenarsitzungen auf nur einer Seite zusammen. Zielgruppen sind interessierte Bürger, Journalisten, Verbandsvertreter und politische Akteure.

Auf PlenumKOMPAKT veröffentlicht der Bundesrat zu jeder Plenarsitzung umfangreiche Informationen. Dazu gehören neben Tagesordnungen, Drucksachen, Erläuterungen, Redelisten und Newslettern auch Artikel, Bildergalerien und Videos. Bei manchmal über 100 Tagesordnungspunkten ist so schnell eine große Menge an Dokumenten erreicht.

PlenumKOMPAKT führt diese Informationen für die wichtigsten Tagesordnungspunkte an einem Ort zusammen. Das aufwendige Hin und Her zwischen verschiedenen Seiten und Rubriken entfällt. „Für uns war es eine

Herausforderung, ein Format zu finden, das allen Nutzern gerecht wird und niemanden mit Informationen überflutet“, sagt Peter Wilke, Leiter der Onlineredaktion. „Alles soll auf einer einzigen Seite zu finden sein, aber trotzdem ansprechend und aufgeräumt wirken.“

TAGESAKTUELL INFORMIEREN

Bilder unterstreichen die Sachinformationen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und lockern die Seite auf. Reiter strukturieren Texte und führen zu Videos von den Reden im Plenum. PlenumKOMPAKT ist ein



„lebendes Format“, betont Wilke. „Über einen Zeitraum von zwei Wochen reichern wir es ständig mit neuen Informationen an.“ Dabei arbeiten Onlineredaktion und Pressestelle eng zusammen: Sobald die Tagesordnung für eine Bundesratssitzung erscheint, geht die Seite mit einem kommentierenden Ausblick auf die anstehenden Themen online. Inhalte und Ziele der wichtigsten Punkte werden beschrieben, ebenso die Beschlussempfehlungen der Bundesrats-Ausschüsse. Am Vortag der Sitzung kann man sehen, welche Politiker zu den einzelnen Themen sprechen werden.

MIT SOZIALEN MEDIEN VERNETZT

Kurz nachdem die Reden am Plenartag gehalten wurden, erscheinen sie automatisch als Video-Mitschnitt unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt. Es folgen Erläuterungen zu ausgewählten Entscheidungen des Bundesrates, ein kommentierender Rückblick auf die Sitzung sowie kostenlose Pressefotos zum Herunterladen. PlenumKOMPAKT ist zudem eng mit den Sozialen Medien vernetzt. Texte und Videos lassen sich teilen und empfehlen. Auf Twitter informiert die Onlineredaktion über neue Inhalte sowie über den Verlauf der Plenarsitzung. Auch eine Benachrichtigung über E-Mail wird angeboten. Wer live dabei sein möchte, kann die Sitzungen per Stream auf www.bundesrat.de oder in der **kostenlosen App** des Bundesrates mitverfolgen. ■

„**Kein Gesetz ohne Bundesrat. Mit ihren neuen Online-Angeboten informiert die Länderkammer zeitnah und transparent.**“

Wolfgang Schmidt,

Staatsrat und Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund



Die Online-Angebote des Bundesrates

PlenumKOMPAKT:

www.bundesrat.de/plenumkompakt

Twitter:

twitter.com/bundesrat

E-Mail-Abonnement:

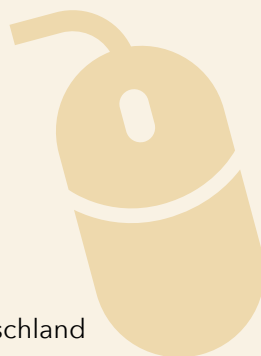
www.bundesrat.de/abo

YouTube-Kanal:

www.youtube.com/user/BundesratDeutschland

App:

Die App des Bundesrates kann kostenlos im Google Play Store (Android-Geräte) beziehungsweise im App Store (iPhone und iPad) heruntergeladen werden.



Lückenschluss

Weil dem Bundesrat bisher genutzte Räume im Bundesfinanzministerium künftig nicht mehr zur Verfügung stehen, benötigt er neue Büroflächen. Deshalb entsteht direkt neben dem Herrenhausgebäude ein Erweiterungsbau, der auch ein Besucherzentrum umfassen soll. Damit verschwindet eine der letzten Baulücken im Umfeld des Leipziger Platzes, den die DDR-Grenzanlagen drei Jahrzehnte lang teilten.



Blick auf das Siegermodell: Architekt Max Dudler (l.) und Volker Bouffier – bei der Bekanntgabe der Gewinner noch Bundesratsvizepräsident



So soll der Anbau einmal aussehen. Das 3-D-Modell zeigt zudem die Umgebung samt Herrenhausgebäude.

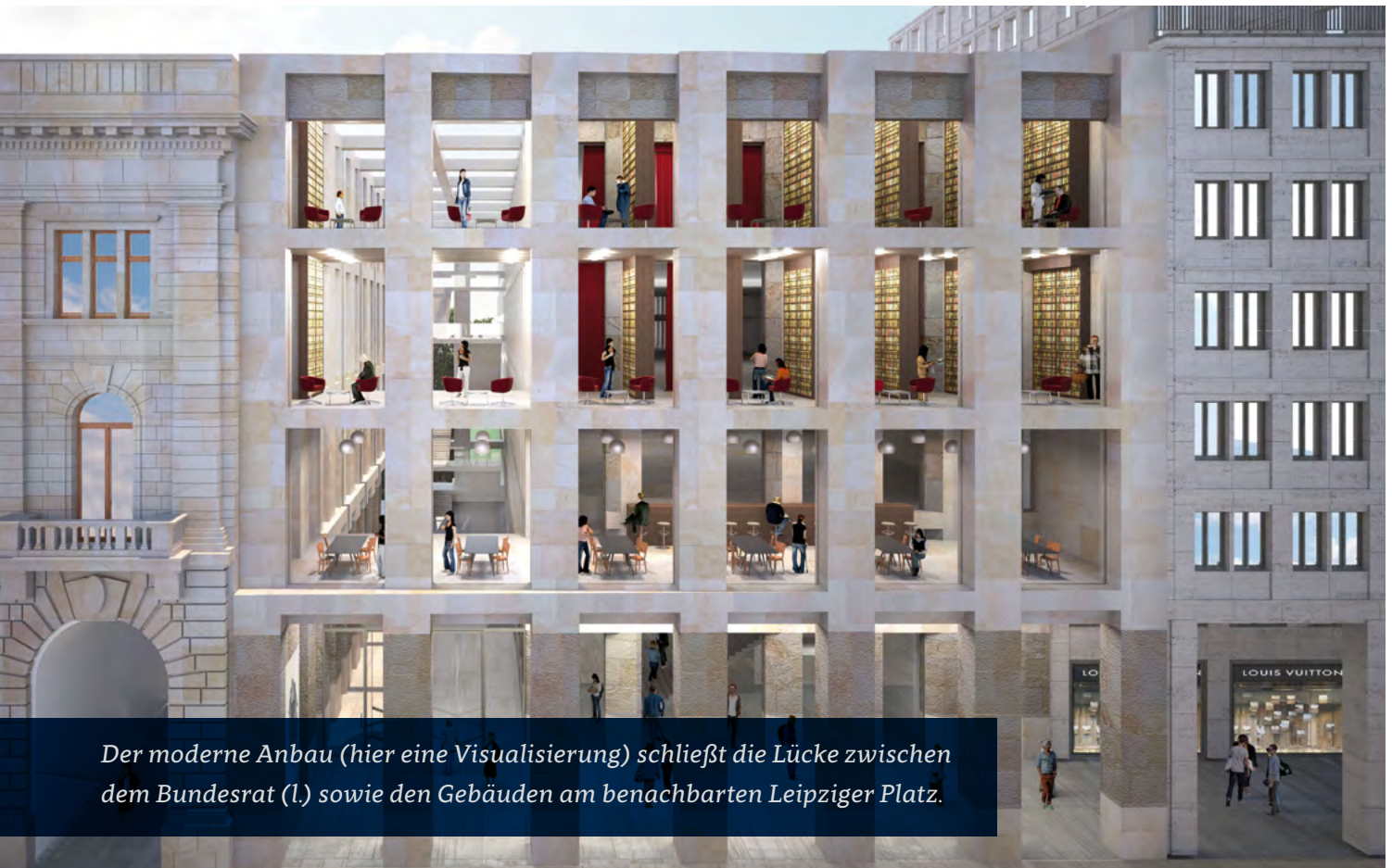
Vor etwas mehr als 25 Jahren war der Eingang des Herrenhausgebäudes in Richtung Leipziger Straße noch zugemauert. Die Straße war Grenzgebiet. Und wer sich hier gen Westen gewandt hätte, der hätte schon nach wenigen Metern direkt vor dem sogenannten „Todesstreifen“ gestanden. Denn die Grenze zwischen Ost- und Westberlin bestand damals nicht nur aus der Mauer. Über die Jahre hatte die DDR komplexe Grenzanlagen mit Bunkern, Wachtürmen und Sperren angelegt, die den berüchtigten Todesstreifen bildeten. Zwar verlief die Berliner Mauer westlich des Leipziger Platzes über den Potsdamer Platz, die Grenzanlagen reichten jedoch fast bis an das Herrenhausgebäude heran. Auch deshalb wurde das Haus kaum benutzt – die DDR-Führung wollte im direkten Umfeld der Grenze keine wichtigen Institutionen ansiedeln. Zu groß war die Angst, dass Wissensträger versuchen könnten, die Mauer zu überwinden. Einzig die Akademie der Wissenschaften der DDR, die Staatliche Plankommission sowie der Akademieverlag nutzten zwischenzeitlich einige Räume des im Zweiten Weltkrieg stark beschädigten und notdürftig reparierten Gebäudes. Dementsprechend verfiel es

zusehends und musste ab 1997 aufwendig renoviert und fit für den Bundesrat gemacht werden, der seit dem Jahr 2000 seinen Sitz an der Leipziger Straße hat.

NEUES BESUCHERZENTRUM

Heute ist von dieser bewegten Geschichte nicht mehr viel zu sehen. Der Leipziger Platz hat sich zu einem urbanen Zentrum entwickelt: Restaurants, Bars und Boutiquen haben sich angesiedelt. Nichts erinnert an die trostlosen Grenzanlagen, die die Leipziger Straße abrupt unterbrachen – mit einer Ausnahme: Das Gelände Leipziger Straße 2, auf der Westseite direkt neben dem Bundesrat, ist bis heute unbebaut. Das ändert sich nun. Hier entsteht der Anbau, der neben Büroflächen auch ein neues Besucherzentrum umfassen soll.

Hintergrund des Bauvorhabens: Bisher sind Teile der Bundesratsverwaltung im benachbarten Bundesfinanzministerium untergebracht. Das Ministerium will diese künftig aber für eigene Zwecke nutzen. In einem von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ausgelobten offenen, internationa- »



„Ein herausragender Entwurf, insbesondere angesichts des extrem schwierigen Grundstücks, der Nutzeranforderungen und der Nachbarschaft zu einem denkmalgeschützten stadtprägenden Gebäude.“



Hella Dunger-Löper
Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund

len Architekturwettbewerb wurde deshalb ein geeigneter Entwurf für den Anbau gesucht.

Eine Jury unter Vorsitz der Architektin Prof. Dorothea Becker wählte aus 85 Teilnehmern der ersten Phase 25 für den zweiten und finalen Durchgang aus. Die Vorgabe war, ein städtebauliches und architektonisches Gebäudekonzept zu entwickeln, das den Anforderungen an Nachhaltiges Bauen entspricht, moderne Arbeitsmöglichkeiten bietet und denkmalpflegerische Belange berücksichtigt – sich also in den Stil des

Herrenhausgebäudes integriert. Keine leichte Aufgabe. Am 18. September 2014 zeichnete die Jury die drei besten Entwürfe aus und kürte das Architekturbüro Max Dudler zum Sieger. Im neuen Anbau sind nun 5.700 Quadratmeter für die neuen Büro- und Funktionsräume vorgesehen. Weitere 1.300 Quadratmeter entfallen auf das neue Besucherzentrum, das Informationsmöglichkeiten bieten und die Führungen ergänzen soll. Zudem wird der Neubau mit dem Herrenhausgebäude verbunden. Direkt daneben entsteht dann das neue Gebäude der BIM A. Beide Gebäude werden barrierefrei konzipiert. ■



Berlin 1928, Blick auf den Leipziger Platz: Oben rechts im Bild erkennt man das Herrenhausgebäude.



So sah das Gelände in den 1980er-Jahren aus: links im Bild das Herrenhausgebäude. Kurz dahinter beginnt der Todesstreifen.



2015 ist alles anders: Im Hintergrund ragen die Hochhäuser des Potsdamer Platzes in den Himmel.



Berlin 1898: Das alte Reichstagsgebäude an der Leipziger Straße 4. Von 1871 bis 1894 war es Sitz des Reichstags. 1898 – kurz nach dieser Aufnahme – musste es dem Neubau des Herrenhauses weichen.

Das Haus an der Leipziger Straße Nr. 4

Der heutige Sitz des Bundesrates an der Leipziger Straße 3-4 blickt auf eine bewegte Vergangenheit zurück. Aber auch die zwei Vorläufergebäude waren geschichtsträchtige Orte, geprägt von Porzellan, Seide, Musik und Politik. Im Gebäude Nr. 4 tagte ab 18. Oktober 1871 der Deutsche Reichstag, ein 23-jähriges „Provisorium“, das als „Bismarcks Reichstag“ in die Geschichte einging.

Bereits am 1. Juni 1871, nur knapp drei Wochen nach dem mit Kriegsgegner Frankreich geschlossenen Frieden von Frankfurt, begann eine eigens zu diesem Zweck einberufene Kommission ihre Suche nach einer geeigneten Wirkungsstätte für den Deutschen Reichstag. Im Mittelpunkt der Gespräche stand zunächst der Vorschlag von Reichstagsmitglied Viktor von Unruh, der einen Umbau des Herrenhauses an der Leipziger Str. 3 und die Erweiterung durch das ehemalige Gebäude der Porzellanmanufaktur vorsah. Dazu lagen bereits ältere Pläne des Architekten Herrmann vor. Die Kommission favorisierte diese Lösung. Sie glaubte, dass die Errichtung eines neuen Provisoriums die Arbeitssituation für das Parlament gegenüber den Umbauten in der Leipziger Straße nicht merklich verbessern würde. Die Parlamentarier dagegen kritisierten die prognostizierte mehrjährige Bauzeit – sie pochten auf eine Lösung zum Herbst des Jahres 1871. Ein Ergebnis schien zunächst außer Reichweite.

Die Wahl der zukünftigen Heimat des Parlaments war auch Gegenstand der Reichstagssitzung am 15. Juni 1871. So sprach sich der

Abgeordnete Braun aus Hersfeld für dessen Verlegung in das damalige Gebäude der Porzellanmanufaktur an der Leipziger Str. 4 aus. Laut Braun würden mehrere Umstände für den Umzug sprechen: „Die ganze Manufaktur wird in diesem Sommer geräumt; die neuen Gebäude bei Charlottenburg sind bereits fertig; ein Theil der Manufaktur ist bereits übersiedelt, der Rest wird bald folgen.“ Und: „Der Hof kann in einer höchst einfachen und dauerhaften, eine gute und zugleich zweckmäßige Heizung und Ventilation ermöglichenden Weise in einen Sitzungssaal umgebaut werden.“

DIE ALTE PORZELLANFABRIK

Am Ende einer mehrwöchigen Debatte entschied sich die Kommission schließlich für das Gebäude der Porzellanfabrik, da „... dieses Grundstück an und für sich dazu geeignet sei und in unmittelbarer Verbindung mit dem Grundstücke Herrenhaus stehe und deshalb die Möglichkeit gewähre, gewisse Räume des Herrenhauses mit zu benutzen“.

Dennoch: Das Gebäude Nr. 4 war auch nach Ansicht des Reichskanzlers, geäußert auf einer Sitzung der Kommission, nicht für Reichstagssitzungen geeignet. Von Unruh notierte: „... Für ein Provisorium viel zu theuer und zu zeitraubend bei der Ausführung, für ein Definitivum lange nicht gut genug und in keiner Weise den Intentionen des Reichstages entsprechend.“ Auf dem Tisch lag ein weite-

rer Vorschlag – vorbereitet vom Geheimen Baurat Hitzig, der im Wesentlichen vorsah, dass ein Teil des ehemaligen Hofes der Manufaktur überdacht beziehungsweise „überglast“ werden sollte. Gleichzeitig aber könnten durch die Einrichtung von Übergängen Räumlichkeiten des benachbarten Herrenhauses genutzt werden. Als Umbauzeit würden drei Monate ausreichen. Warum dieser Vorschlag von Von Unruh favorisiert wurde, lässt sich auch damit begründen, dass seine Realisierung „nur“ 170.000 Thaler verschlingen würde – gegenüber dem Hermann'schen Plan um fast die Hälfte günstiger. Die Situation entspannte sich wieder merklich, als sich Reichskanzler Bismarck in die Diskussionen einschaltete und einen anderen Weg vorschlug: Der Hof der Königlichen Porzellanmanufaktur sollte überdacht und innerhalb einer Fachwerkkonstruktion ein Plenarsaal eingerichtet werden. Ein Massivbau sei nicht nötig, da innerhalb der darauffolgenden Jahre dem Reichstag ein eigenes Gebäude zur Verfügung stehen würde. Den Vorschlag von Bismarck verarbeitete Baurat Friedrich Hitzig in einem Entwurf. Mitte Juni 1871 stimmten sowohl die Baukommission als auch das Plenum mehrheitlich zu. Innerhalb von nur vier Monaten wurde das Gebäude hergerichtet.

ENTSCHEIDUNGEN IM REICHSTAG

Bei dieser Reichstagssitzung übernahm auch Reichskanzler Bismarck das Wort. Er plädierte für die Einrichtung eines neuen Sitzungssaales und die Mitbenutzung der Räume des Herrenhauses („... Raum dort hinreichend vorhanden ...“). Beim Handelsministerium und weiteren preußischen Behörden würde er sich für eine schnelle Realisation einsetzen. Seine kurze Ansprache schloss Bismarck mit der Aussage: „Ich kann daher nur im Interesse der Vertreter der verbündeten Regierungen, und, wie ich glaube, auch im Interesse des Reichstages dringend bitten, diesem ausführbaren und, wie ich glaube, für einige Jahre eine annehmbare provisorische Existenz darbietenden Bau durch den Reichstag zu sanktionieren.“ Der Antrag der Kommission wurde schließlich angenommen – die „Majorität“ hatte sich dafür ausgesprochen. ■



So sah der alte Plenarsitzungssaal des Reichstags im Vorgängergebäude aus. Das Foto stammt aus dem Jahr 1889.

Bismarck im Bundesrat

2015 wäre Otto von Bismarck 200 Jahre alt geworden. Der Bundesrat hat deshalb eine Ausstellung präsentiert, die seltene Fotos aus Bismarcks Reichstag zeigt.

Der „Eiserne Kanzler“ Otto von Bismarck hat das Herrenhausgebäude, den Sitz des heutigen Bundesrates, nie betreten – er verstarb sechs Jahre vor der Eröffnung. Trotzdem ist dieser Ort mit seinem Namen eng verbunden. Zwischen 1871 und 1894 tagten die Reichstagsabgeordneten im Vorgängergebäude an der Leipziger Straße 4. „Otto von Bismarck war weder Held noch Dämon. Als Reichsgründer und friedensorientierter Außenpolitiker setzte er Maßstäbe. Sein nationalstaatliches Werk existiert im Kern noch heute“, erinnert Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, auf dessen heutigem Gebiet Bismarcks Geburtsort Schönhausen liegt. Wie sehr der Reichskanzler während seiner Amtszeit von 1871 bis 1890 eine ganze Ära geprägt hat, zeigt die Ausstellung „Bismarcks Reichstag“. Sie wurde passend zu seinem 200. Geburtstag im April 2015 im Herrenhausgebäude eröffnet und konnte bis zum Tag der offenen Tür des Bundesrates am 5. September 2015 besichtigt werden.

Studenten der Universität der Künste Berlin hatten dafür ein Raumkonzept entworfen, das an die Architektur des einstigen Reichstagsgebäudes erinnern sollte. Herzstück der Ausstellung sind 90 Fotografien aus dem Besitz der Otto-von-Bismarck-Stiftung Schönhausen,



„Otto von Bismarck setzte als Reichsgründer und Außenpolitiker Maßstäbe. Sein innenpolitisches Erbe ist aber ambivalent.“

Dr. Reiner Haseloff

Ministerpräsident des Landes
Sachsen-Anhalt

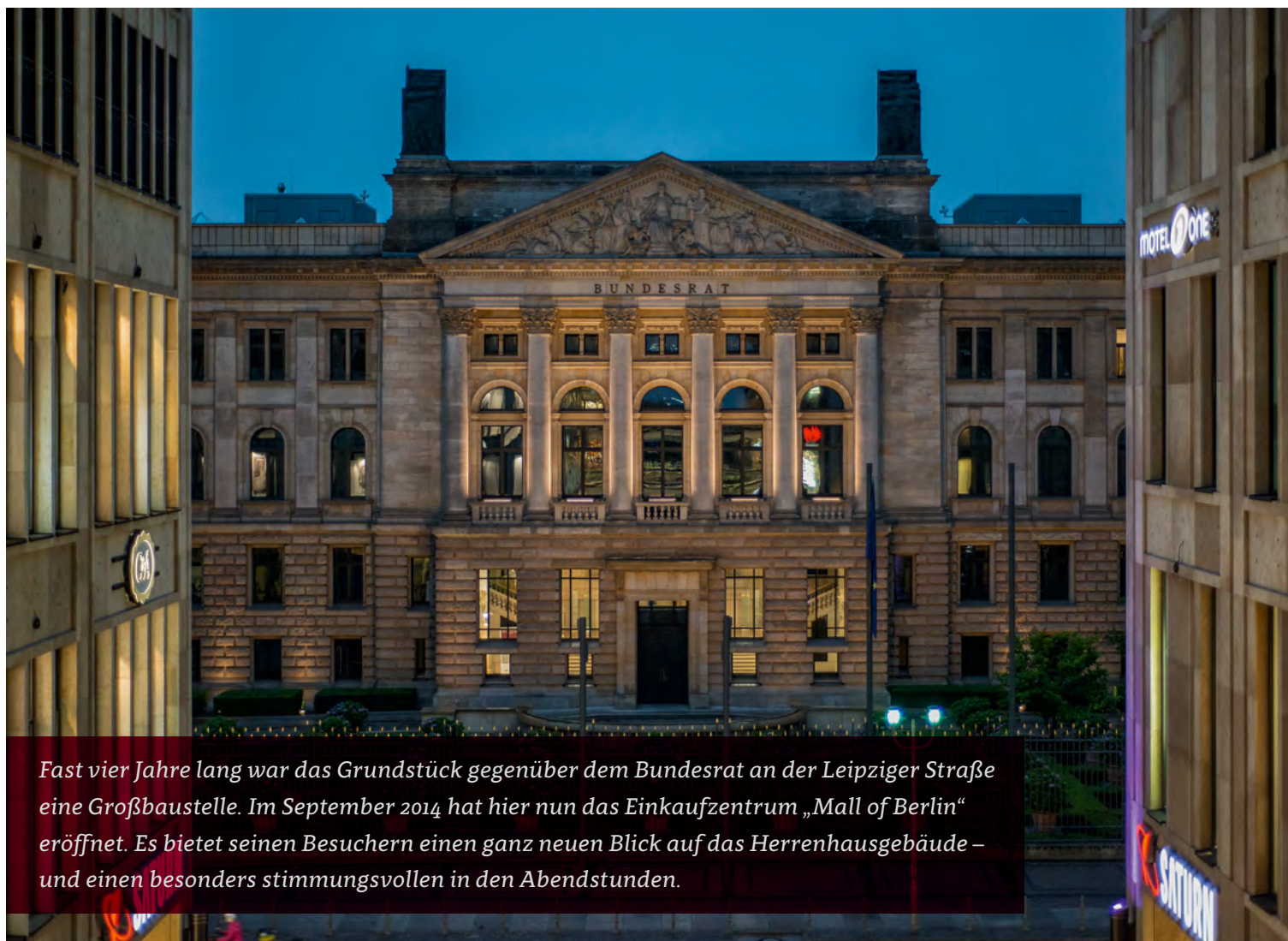
die 1889 von Julius Braatz gefertigt wurden. Die Bilder haben Seltenheitswert: Die Fotografie war damals noch etwas Besonderes – und die Fotos zeigen nicht nur Otto von Bismarck, sondern Politiker aus allen Lagern. Deren Verhältnis zum Reichsgründer war alles andere als unkompliziert: „Seine Sozialpolitik ist eine bis in die Gegenwart nachwirkende Errungenschaft. Jenseits dieser Leistung fällt Bismarcks innenpolitisches Erbe aber ambivalent aus“, erklärt Dr. Haseloff. „Kulturkampf und Sozialistengesetz haben die politische Kultur Deutschlands geprägt und die Polarisierung der politischen Lager begünstigt.“ Bismarck sei ein Mensch in seinem Widerspruch, wie viele bedeutende Persönlichkeiten. Diese Widersprüche standen auch im Mittelpunkt der Bismarck-Matinee, mit der am 19. April 2015 die Ausstellung eröffnet wurde. ■



Die Ausstellung (o.) zeigt Fotos, die erstmals das Geschehen in einem Parlament dokumentieren, und gibt einen Einblick in entscheidende Wochen im Deutschen Reichstag im Frühjahr 1889. Sie wurde mit einer Matinee (r.) eröffnet.



Neue Perspektiven



Fast vier Jahre lang war das Grundstück gegenüber dem Bundesrat an der Leipziger Straße eine Großbaustelle. Im September 2014 hat hier nun das Einkaufszentrum „Mall of Berlin“ eröffnet. Es bietet seinen Besuchern einen ganz neuen Blick auf das Herrenhausgebäude – und einen besonders stimmungsvollen in den Abendstunden.

Impressum

Herausgeber:

Bundesrat
Referat P 4
Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst
Leipziger Straße 3-4
10117 Berlin
Telefon: 030/189100-0
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@bundesrat.de
Internet: www.bundesrat.de

Gesamtleitung:

Antje Schneider (V.i.S.d.P.)

Konzeption und Redaktionsleitung:

Christian Horn (AD HOC PR)
Tel. 05241/9039-33
horn@adhocpr.de

Realisierung, Text und Redaktion:

AD HOC PR, Gütersloh: Elena Grawe,
Ulla Rettig, Tobias Thiele

Grafik-Design:

AD HOC PR, Gütersloh:
Lars Haberl, Martin Glatthor

Produktion und Druck:

Druckhaus Rihn GmbH, Blomberg

Rückseite:

Der Ehrenhof des Bundesrates
aus der Vogelperspektive



Bildnachweise:

S. 4-5: Staatskanzlei Hessen; S. 7: Fotolia/Westend61/Rainer Berg; S. 8: Jürgen Jeibmann; S. 9: Fotolia/bilderzweig; S. 10: Fotolia/Westend61; S. 11: Jugendpresse/Florian Timpe; S. 14: Deutscher Bundestag/Achim Melde; S. 15: Fotolia/kleopatra14 (oben), Staatskanzlei Hessen/Sabrina Feige; S. 16: Staatskanzlei Hessen/FotoBregman; S. 17: picture alliance (oben), Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz (unten); S. 19: Staatskanzlei Hessen; S. 20: picture alliance (3x), Bundesarchiv, Ulrich Wienke; S. 23: Pep Avila; S. 25: Max Dudler; S. 26: Max Dudler (oben), Thomas Platow; S. 28: Bundesarchiv; S. 29: Bundesarchiv/Julius Braatz

Soweit nicht anders angegeben, stammen alle weiteren Bilder aus dem Archiv des Bundesrates.



Das Magazin
als E-Paper.



Bundesrat